Handelszeitung und volkswirtschaftliche Rundschau.

Zu den Konditionen-Vereinbarungen im Bankengewerbe.

Man schreibt uns aus Berlin:

Die Verhandlungen der Berliner Stempelvereinigung zur Herbeiführung einheitlicher Bedingungen für alle bankgeschäftlichen Verrichtungen sind in den letzten Wochen erneut aufgenommen worden. Bedauerlicherweise werden diese Verhandlungen geheim geführt, obwohl die Oeffentlichkeit doch ein großes Interesse daran hätte, über die Handlungen und Beschlüsse der Stempelvereinigung orientiert zu werden. Ist doch das Endziel aller dieser Verhandlungen eine Verbesserung der Zahlungsbereitschaft der Banken und eine Zurückdrängung der bisherigen Uebertreibungen in der Verwendung der Depositengelder zu ungesunden bzw. langsichtigen Krediten. Ein völliges Scheitern der Verhandlungen wäre gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, daß man die von der Oeffentlichkeit und dem Bankpräsidenten verlangten Reformen aus eigener Kraft nicht durchführen könne. Daher besteht naturgemäß ein großes öffentliches Interesse, daß über die einzelnen Phasen der Verhandlungen fortlaufend berichtet wird. Die Geheimniskrämerei der Stempelvereinigung ist aber auch unkaufmännisch und undiplomatisch, denn nachdem zu den Verhandlungen eine große Anzahl von Mitgliedern des Vereins für die Interesse der Fondsbörse hinzugezogen worden ist, ist eine völlige Geheimhaltung der Beschlüsse auf die Dauer doch nicht durchführbar. Es muß daher immer wieder die Forderung erhoben werden, die noch jedem Kartell gegenüber am Platze ist, daß die Beratungen im vollen Lichte der Oeffentlichkeit vor sich gehen. Solange das nicht geschieht, wird man mehr oder minder auf die vielfach differierenden Angaben der Außenseiter angewiesen bleiben, die durch ihre täglichen geschäftlichen Beobachtungen sich zu orientieren suchen.

Soweit nun unter den gegebenen Verhältnissen es überhaupt festzustellen ist, darf über die letzthin gepflogenen Verhandlungen gesagt werden, daß sie sich hauptsächlich nach zwei Richtungen bewegten, einmal der Herbeiführung einer Verständigung mit den Maklern und einer Festlegung von Provisionssätzen und Beleihungsgrenzen für lombardierte Wertpapiere auf Grund jener Richtlinien, die schon in der gemeinsamen Januar-Sitzung fixiert worden waren. In dem ersteren Punkte sollen die Verhandlungen, wie man hört, bisher völlig negativ gewesen sein, da sich in den Kreisen der Makler ein ziemlich geschlossener Widerstand gegen die Bestrebungen der Stempelvereinigung geltend macht. Wie bekannt, handelt es sich darum, daß den Maklern, die direkt mit der Kundschaft arbeiten, also den Banken und Bankiers Konkurrenz machen, künftig weder Courtage noch Stempel vergütet werden soll. Da nun die weitaus größte Zahl der Makler Kundschaft außerhalb der Börse hat und Ordern für sie ausführt, so ist der Widerspruch der Makler begreiflich. Sie würden ohne jedes Aequivalent auf sichere Einnahmen verzichten müssen, wenn sie sich den Bedingungen der Stempelvereinigung kampflos unterwerfen wollten. Da die Makler, soweit man die Situation überblicken kann, vorerst fest zusammenhalten, so ist schwer abzusehen, wie die Banken ihnen gegenüber ihre Forderungen durchsetzen sollten. Man müßte die Makler, die sich den Bedingungen nicht unterwerfen, einfach boykottieren und das wird sich in der Praxis schwer machen lassen, weil das ganze Geschäft stocken würde, wenn man bei jedem einzelnen Schluß erst prüfen müßte, ob der Makler ein Außenseiter oder ein Insoiter ist.

Was die Vereinheitlichung der Provisionssätze anbetrifft, so hatten die Konzessionen, die den Privatbankiers von der Stempelvereinigung in der erwähnten Januar-Sitzung gemacht wurden und die darin gipfelten, daß die Großbanken im Kommissions- und Kreditgeschäft für die hauptsächlichsten Transaktionen ihrer Kundschaft von beiden Seiten des Kontokorrents Provision in Anrechnung bringen wollten, während es den Mitgliedern des Vereins für die Interessen der Fondsbörse anheimgegeben werden sollte, diese Sätze von der größeren Seite zu erheben, die erste praktisch brauchbare Basis ergeben, auf der man die weiteren Verhandlungen erfolgreich hätte führen können. Durch dieses Entgegenkommen der Stempelvereinigung waren die Gegensätze zwischen den Aktienbanken und den Privatbankiers wesentlich gemildert worden. Wenn sich diese Bedingungen strikte durchführen ließen, so wäre in der Tat beiden Teilen geholfen, indem der ganze Bankierstand aus den schärferen Geschäftsbedingungen der Kundschaft gegenüber sicheren Nutzen ziehen würde, ohne, wie das sonst in anderen Gewerben meist der Fall zu sein pflegt, durch die erhöhten Sätze eine wesentliche Umsatzminderung befürchten zu müssen. Allein einmal ist die Zahl der Außenseiter, auch wenn die Mitglieder des Vereins die Bindung geschlossen mitmachen würden, doch noch sehr groß und dann hat sich trotz der anscheinenden Einmütigkeit in der gemeinsamen Januar-Sitzung erst später hinter den Kulissen ein lebhafter Widerstand gegen die Stempelvereinigung geregt, wobei insbesondere jene selbständigen Firmen, die sich in ihrer Unabhängigkeit von den Großbanken keinem fremden Willen zu beugen brauchen, keinen Zweifel gelassen haben, daß sie das Entgegenkommen der Stempelvereinigung in diesem einen Punkte für nicht genügend halten, um sich ihrer Selbständigkeit durch eine generelle Festlegung auf einheitliche Bedingungen zu entäußern. Diese Firmen befürchten auch den Rest ihrer Kundschaft zu verlieren, wenn sie diese künftig nicht mehr individuell bedienen und auf ihre besonderen Wünsche sollten Rücksicht nehmen dürfen. Wird dieser Standpunkt schon in Berlin vertreten, um wieviel hartnäckiger müßte dies später in der Provinz geschehen, wo noch eine gewisse Abneigung gegen die großen Berliner Aktienbanken hinzutritt, die durch ihre noch immer nicht zum Stillstand gekommene Expansion den unabhängigen Provinzbankiers die Existenz immer mehr erschweren.

Dazu kommen die Zweifel, ob die Bedingungen, auf die man sich jetzt festlegen soll, auch überall werden gehalten werden können. Beim bloßen Versuch, Konventionalstrafen oder dergleichen einzuführen, würden die Abmachungen wahrscheinlich sofort in die Brüche gehen. In den meisten Fällen wird es wohl auch an den genügenden Kontrollmöglichkeiten fehlen. Man wird dabei mehr oder minder immer auf den guten Willen der Mitglieder angewiesen bleiben. Gerade die Schwierigkeiten, die sich in diesen beiden Punkten ergeben, sind ein Hauptgrund dafür, warum die Bemühungen der Stempelvereinigung so schwer vom Flecke kommen.

Wie verlautet, ist auch die Beleihungsfrage bei Spekulationsgeschäften in den letzten Verhandlungen Gegenstand der Erörterung gewesen. Hierbei scheint man aber am wenigsten vorwärtsgekommen zu sein. Es heißt, daß so viel Ausnahmen gefordert worden sind, daß alle Abmachungen in der Praxis doch nur auf dem Papier stehen würden.

Hat es demnach den Anschein, als wenn das Konditionenkartell durch die letzten Abmachungen nicht mehr erheblich gefördert worden ist, so sollten diese Bemühungen doch mit Eifer fortgesetzt werden. Denn die Großbanken können trotz ihrer überragenden Stellung im Bankgewerbe nur dann den Forderungen der Reichsbank auf Haltung größerer Barreserven und Eindämmung der Spekulation gerecht werden, wenn sie durch das Aufhören der Unterbietungen in den Provisionen und Zinssätzen einen gewissen Ausgleich für den sicher nicht kleinen Gewinnentgang an Zinsen usw. zu schaffen vermögen.

Bank- und Geldwesen.

p **Reichsbank.** Nach einem Zwischenausweis vom 17. d. M. einschließlich haben seit Abschluß des letzten Wochenausweises am 14. d. M. die Anlagen bei der Reichsbank um 28 Millionen Mark abgenommen. Die Barmittel erfuhren dagegen eine Zunahme um 33 Millionen Mark, die fremden Gelder eine solche um 35 Millionen Mark. Der Betrag der ungedeckten Banknoten stellte sich auf 55 Millionen Mark gegen 468 Millionen Mark im Vergleich des Tages im Vorjahre. Das Institut stand also am 17. d. M. um 413 Millionen Mark günstiger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Bei Abschluß des letzten Wochenausweises betrug die Besserung rund 443 Millionen Mark. Es ist also ein Rückgang der Besserung gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen.

Br **Dresdner Handelsbank, Akt.-Ges., Dresden.** Die Generalversammlung setzte, wie uns drahtlich gemeldet wird, die Dividende auf 12 Proz. fest.

Montangewerbe.

* **Dividendenerhöhung der Braunkohlen- und Brikettwerke Roddergrube** in Brühl bei Köln. Laut Drahtmeldung unseres rheinischen ug-Korrespondenten beantragt der Aufsichtsrat, bei verstärkten Abschreibungen eine Dividende von **15 (i. V. 12) Proz.** zu verteilen.

* **Vom Siegerländer Eisensteinverkaufsverein.** Nach dem uns im Auszuge drahtlich übermittelten Verwaltungsbericht sind die Siegerländer Erzgruben im Jahre 1913 voll beschäftigt gewesen. Die Förderung ist von 2 265 735 Tonnen, die sie im Jahre 1912 betrug, auf 2 416 708 t gestiegen, was eine Erhöhung um 6,66 Proz. bedeutet. Der Absatz betrug im verflossenen Jahre 2 430 888 (2 262 842) t; von diesen Mengen verblieb die Hälfte im Siegerlande, die andere Hälfte wurde nach dem Rheinland und nach Oberschlesien versandt.

Wie die Syndikatsleitung weiter mitteilt, hat im neuen Jahre die Produktion der Siegerländer Hütten eine wesentliche Abnahme erfahren, was auf den Absatz an Eisenstein ungünstig wirke. Besonders nachteilig sei ferner, daß verschiedene Hütten ihre Quoten verkauft und beschlossen haben, den Betrieb auf Jahre stillzulegen. Die Aussichten seien daher wenig günstig. Der Ausnahmetarif für den Versand nach Oberschlesien ist auf drei Jahre, also bis 1917, verlängert worden. Ferner ist dem Siegerlande als Ausgleich für die dem Ruhrkohlengebiete und Lothringen auf Erz und Koksbezüge zu gewährende Tarifermäßigung eine solche für den Bezug auf Erz und Koks zwischen dem Siegerland und dem Ruhrgebiet zugesagt worden.

* **Braunschweigische Kohlen-Bergwerke.** Dem Geschäftsbericht für 1913 entnehmen wir folgendes: Die Bruttoüberschüsse der Gruben Prinz Wilhelm Haupt- und Nordschacht, Treue, Trendelbusch und der vier Brikettfabriken betrugen 2 275 195 (i. V. 1 880 774) ℳ. Die Gewerkschaft des konsolidierten Braunkohlen-Bergwerks Victoria bei Hötensleben verteilte pro 1913 eine Ausbeute von 50 000 (90 316) ℳ, die in dem vorbezeichneten Ueberschuß enthalten ist. Für Devastationen von Wiesen- und Ackerflächen wurden im Berichtsjahre 198 767 (190 887) ℳ verausgabt.

Die Brikettproduktion bezifferte sich auf 9 429 335 (8 324 568) Ztr. und die Kohlenförderung auf 23 380 808 (21 645 002) hl. Der Brikettabsatz betrug 9 387 551 (8 421 527) Ztr.; der Verkauf an Rohkohlen stellte sich auf 7 778 907 (7 536 457) hl.

Von den Brutto-Betriebsüberschüssen kommen in Abzug: Handlungsunkosten 180 435 (175 747) ℳ, Reichsstempel auf die Obligationsanleihe II 40 000 (0) Mark, Obligationszinsen 143 910 (80 932) ℳ, Versteuerung der Zinsscheinbogen 1913/22 zu 450 000 ℳ Stammaktien 4500 ℳ, Abschreibungen 621 815 (607 198) ℳ, Zuweisung an den Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds 18 381 ℳ, Zuweisung an den Arbeiter-Unterstützungsfonds 11 658 ℳ, Zuweisung zum Talonsteuerkonto 10 000 ℳ, Agio-Rückstellung für die in 1913 begebene Obligationsanleihe II 60 000 ℳ, Zuweisung zum Verfügungsbestandkonto 150 000 ℳ, so daß sich ein Reingewinn von 1 034 494 (834 135) ℳ ergibt, der sich durch den Gewinnvortrag aus 1912 um 35 891 ℳ auf 1 070 386 (888 570) ℳ erhöht. Dieser Reingewinn gestattet nach Abzug des statutenmäßigen Tantiemebetrages, wie gemeldet, die Verteilung einer Dividende von 14 (12) Proz. auf das Aktienkapital. Für Neuanlagen und Neuanschaffungen verwendete die Gesellschaft im verflossenen Jahre 607 744 ℳ.

Das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat trat zum 1. April 1913 in Liquidation. Dagegen hatten sich vor diesem Termin die Werke des Helmstedter Reviers zum Helmstedter Brikett-Verein, G. m. b. H., Helmstedt, zusammengeschlossen. Nichtsdestoweniger hat der Preiskampf, der nach Auflösung des Syndikats in Mitteldeutschland einsetzte, auch die Gesellschaft gezwungen, die Preise herabzusetzen. Durch Erhöhung des Absatzes und Verminderung der Selbstkosten konnte jedoch der Preisrückgang ausgeglichen werden. Ueber die Preisgestaltung im neuen Geschäftejahre lassen sich bestimmte Angaben noch nicht machen. Der Vertrieb der Rohkohlen der Gesellschaft erfolgt nach wie vor durch das Magdeburger Braunkohlen-Syndikat zu Magdeburg.

Die Ueberlandzentrale Helmstedt, Akt.-Ges., verteilte für das am 31. März 1913 abgelaufene Geschäftsjahr 7 Proz. Dividende. Es kam der Vertrag mit dem Landkreis Braunschweig zum endgültigen Abschluß, der die ausschließliche Versorgung des gesamten Kreises Braunschweig und eines großen Teiles des Kreises Wolfenbüttel mit Elektrizität auf 33 Jahre sichert. Ferner wurde die Ueberlandzentrale Goslar-Wolfenbüttel sowie die sämtlichen Geschäftsanteile des Elektrizitätswerkes Ringelheim, G. m. b. H., erworben. Die für die Stromversorgung dieser beiden großen Gebiete erforderlichen Anlagen sind in Auftrag gegeben und bereits im Bau begriffen. Zur Deckung der dadurch entstehenden Kosten nahm die Ueberlandzentrale Helmstedt eine 4½proz., von den Braunschweigischen Kohlen-Bergwerken garantierte Obligationsanleihe von 2 000 000 ℳ auf, von der bis jetzt ein Betrag von 1 500 000 ℳ begeben wurde.

Stoffgewerbe.

* **Chemnitzer Aktien-Spinnerei** in Chemnitz. Die Gesellschaft, die bekanntlich bei der Generalversammlung vom 30. Juni 1913 durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 5 zu 1 und durch 80 Proz. Zuzahlung auf die Aktien saniert worden ist, schließt laut Drahtmeldung unseres Br-Korrespondenten das Geschäftsjahr 1913 mit einem Gewinnsaldo von 4130 ℳ (i. V. 763 738 ℳ Verlust) ab. Laut Gewinn- und Verlustkonto beträgt der Sanierungsgewinn 1 200 000 ℳ; aus Mieten und sonstigen Erträgnissen wurden 41 612 ℳ vereinnahmt.

Die Direktion schreibt über den Verlauf des Geschäftsjahres: Schon Mitte des verflossenen Jahres wurde gelegentlich eines Sanierungsvorschlages ein Gesamtverlust von 510 000 ℳ ohne den Vortrag aus 1912 errechnet, der in der Hauptsache durch das ungünstige Geschäft in Garnabschlüssen gegenüber den Baumwolleindeckungen herbeigeführt war. Dieser Verlust wurde wegen der Opfer, die in Rücksicht auf die Abstoßung alter Garnvorräte vorgesehen worden waren, bereits auf 700 000 ℳ erhöht, eine Summe, die durch den Sanierungsfonds gedeckt ist. Durch die am 1. April eingetretenen Verkaufsstockungen war der Auftragsbestand bei Beginn der zweiten Hälfte des Jahres sehr gesunken und durch die infolge Arbeitermangels geschmälerte Produktion wurden die Spesen der Spinnerei ungünstig beeinflußt. Augenblicklich hat die Gesellschaft einen normalen Auftragsbestand. Die Aussichten werden von der Verwaltung infolge der schlechten Konjunktur in der Spinnereibranche als recht ungünstig bezeichnet.

sp **Vom New Yorker Rohseidenmarkt** wird uns gekabelt, daß sich die Umsätze bei unveränderten Preisen erhöhten.

Transportwesen.

* **Leipziger Außenbahn-Akt.-Ges.** Die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig, hat 1 000 000 ℳ 4½proz., zu 102 Proz. rückzahlbare Teilschuldverschreibungen übernommen und wird diese Anfang April zur öffentlichen Subskription auflegen.

* **Deutsche Levante-Linie** in Hamburg. Wir haben bereits vor mehreren Tagen die Erhöhung der Dividende des Unternehmens für 1913 auf 10 (i. V. 7) Prozent gemeldet, auch die wichtigsten Abschlußziffern sind schon von uns veröffentlicht worden.

An Einzelheiten entnehmen wir dem Rechenschaftsbericht: Im vergangenen Jahre hat sich die durch die kriegerischen Wirren auf dem Balkan verursachte Unsicherheit der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse weiterhin dauernd nachteilig bemerkbar gemacht. Insbesondere hat darunter die Abfertigung der Dampfer in den verschiedenen Häfen nicht unwesentlich gelitten. Gleichwohl habe die Gesellschaft infolge des durchweg recht günstigen Frachtenmarktes ein sehr befriedigendes Ergebnis für 1913 erzielen können. Dadurch ist es möglich geworden, die im Vorjahre verkauften gesamten Anteile der Bremer Dampferlinie „Atlas" m. b. H. in Bremen zurückzuerwerben und fünf Atlas-Dampfer, von denen vier mit einer halbjährlich mit 98 000 ℳ zu tilgenden Hypothek von zusammen 1 179 000 ℳ belastet sind, in die eigene Flotte zu übernehmen. Deren Bestand betrug Ende des Berichtsjahres 58 Dampfer.

Weiter weist der Bericht auf das Reichsgerichtsurteil vom 2. Januar d. J. hin, durch das die Klage des Norddeutschen Lloyd zurückgewiesen und festgestellt wurde, daß das Aktienkapital der Levante-Linie aus einer einheitlichen, gleichberechtigten Gattung von Aktien besteht. Hiernach war das Unternehmen in der Lage, die in der Bilanz für das Berichtsjahr noch ausgewiesene, gemäß Beschluß der Generalversammlung vom 20. März 1913 auf besonderes Konto zurückgestellte 7proz. Dividende pro 1912 in Höhe von 630 000 ℳ am 3. Februar 1914 zur Auszahlung zu bringen. Auf eine Erhöhung des Aktienkapitals kann die Gesellschaft vorläufig verzichten, weil ihr die seinerzeit mit der Kapitalserhöhung beabsichtigte Vergrößerung der Flotte in der Zwischenzeit aus laufenden Mitteln möglich gewesen ist. Die Verwaltung schlägt daher vor, den Beschluß der Generalversammlung vom 11. Juni 1912, betreffend die Erhöhung des Aktienkapitals um 3 000 000 ℳ wieder aufzuheben.

Seit dem Herbst letzten Jahres sei die allgemeine Frachtmarktlage durchaus unbefriedigend, doch traf die Wirkung dieses Rückschlages die Gesellschaft bisher nur in mäßigem Umfange.

Die Bilanz weist aus: Bankguthaben mit 2 112 301 (1 907 203) ℳ, Debitoren mit 1 618 442 (1 613 229) ℳ und Kreditoren mit 1 503 312 (3 956 111) ℳ.

* **Der deutsche Güterverkehr.** Den in der heutigen Morgenausgabe mitgeteilten Ziffern für die Güterverkehrseinnahmen der deutschen Bahnen, die jetzt auch die Einnahmen der bayrischen Staats- und Privatbahn einschließen, lassen wir jetzt nachträglich die übliche tabellarische Zusammenstellung folgen, wobei wir neben die absoluten Monatsziffern (in Millionen Mark) die Differenz gegenüber dem Vorjahre in Mark und Prozenten per Kilometer stellen.

	1913 Mill. ℳ	gegen 1912 pro Kilometer in ℳ	gegen 1912 pro Kilometer in pCt.	1914 Mill. ℳ	gegen 1913 pro Kilometer in ℳ	gegen 1913 pro Kilometer in pCt.
Januar	165	+247	+ 8,73	175	— 95	— 3,28
Februar	164	+ 96	+ 3,23	180	— 22	— 0,76
März	171	+ 11	+ 0,34	—	—	—
April	173	+313	+ 10,72	—	—	—
Mai	165	+ 49	+ 1,61	—	—	—
Juni	161	+ 94	+ 3,22	—	—	—
Juli	173	+141	+ 4,56	—	—	—
August	176	+ 3	+ 0,09	—	—	—
September	180	+ 77	+ 2,35	—	—	—
Oktober	196	+105	+ 2,97	—	—	—
November	177	— 65	— 1,94	—	—	—
Dezember	163	— 69	— 2,34	—	—	—

Verschiedene Gesellschaften.

* **Leipziger Düngerexport-Akt.-Ges.** Die wichtigsten Abschlußziffern für 1913 haben wir bereits am 13. d. M. gemeldet. Wie erinnerlich, ist die Dividende mit 8 (i. V. 4) Proz. beantragt. Der Bruttoertrag ist auf 923 931 (818 791) ℳ gestiegen. Die Gesamtabschreibungen erfordern 69 605 (71 082) ℳ.

Der Geschäftsbericht weist darauf hin, daß der alte nachteilige Räumungsvertrag mit der Stadt Leipzig abgelaufen sei und der neue, am 1. Juli 1913 in Kraft getretene, einen der Billigkeit mehr entsprechenden Ausgleich der beiderseitigen Interessen enthalte. Vor allem hat die Stadtgemeinde der Gesellschaft, wenn sie bei Beendigung des Vertragsverhältnisses deren Grundstücke und Betriebseinrichtung teilweise übernehmen will, nicht mehr den Buchwert, sondern den Schätzungswert der einzelnen Gegenstände zu vergüten. Ferner ist der Beitrag der Gesellschaft zu den Gehältern der städtischen Aufsichtsbeamten weggefallen. Die hauptsächlichen Aenderungen des Tarifs bestehen darin, daß die Grundgebühr erhöht ist. Im ganzen bringen diese Tarifänderungen eine Steigerung der Einnahmen aus Grubenräumungen, durch die die Wirkung der Lohnerhöhungen auf die Ertragsfähigkeit des Unternehmens wieder ausgeglichen ist.

Uebrigens seien die Vorteile des neuen Vertrages nicht etwa derartige, daß dessen halbjährige Geltung allein schon genügt hätte, um der Gesellschaft zu dem erzielten Gewinne zu verhelfen, sondern es sind hierauf auch andere Umstände von Einfluß gewesen. Erstens hat sich die Menge der abgefahrenen Fäkalien erhöht, dann aber hat auch die Einnahme aus dem Düngerverkauf eine Höhe erreicht, die selbst diejenige des bisher besten Jahres übertrifft.

* **Sachsenwerk, Licht- und Kraft-Akt.-Ges.,** in Niedersedlitz bei Dresden. In der heutigen Aufsichtsratssitzung wurde von der Direktion der Bilanzentwurf für das vergangene Geschäftsjahr vorgelegt und seitens des Aufsichtsrats genehmigt. Der auf den 20. Mai angesetzten Generalversammlung soll, wie uns auf unsere Anfrage die Verwaltung drahtlich mitteilt, vorgeschlagen werden, aus dem **Gesamtgewinn von 1 118 682 (i. V. 783 842) ℳ** 205 745 (173 497) ℳ zu ordentlichen Abschreibungen und 50 000 (0) ℳ zu außerordentlichen Abschreibungen zu verwenden. Verschiedenen Reservekonten sollen insgesamt 370 000 (225 426) ℳ zugewiesen werden, und zwar dem Delkrederekonto 90 000 (75 222) ℳ, dem Reservefondskonto II 40 000 (94 371) ℳ, dem neugeschaffenen Reservefondskonto für im Jahre 1914 erworbene Kummerwerte 200 000 Mark und dem gesetzlichen Reservefonds 40 000 (25 831) ℳ. Es wird unserer Ankündigung vom 5. d. M. entsprechend eine

Dividende von 7 (i. V. 6) Proz.,

die einen Aufwand von 297 500 (253 000) ℳ erfordert, zur Verteilung vorgeschlagen. 42 500 (0) ℳ sollen im Wege der Auslosung an die Besitzer von abgestempelten Kummerwerten verteilt werden. Die Tantiemen für Aufsichtsrat und Vorstand erfordern 58 550 (56 651) ℳ; zum Vortrag auf neue Rechnung verbleiben 94 387 (92 268) ℳ.

Auch das laufende Geschäftsjahr nahm nach Mitteilung der Direktion bisher einen befriedigenden Verlauf.

* **Düngerexport-Akt.-Ges. in Dresden.** Der Aufsichtsrat schlägt, wie unser Br-Mitarbeiter drahtlich meldet, der Generalversammlung die Verteilung von wieder 8½ Proz. Dividende vor.

⨯ **Vom Rheinisch-Westfälischen Zementverband.** Der Aufsichtsrat beschloß, für Anfang April eine Gesellschafterversammlung einzuberufen. Diese soll über das weitere Schicksal des Verbandes beraten. Man hofft, auf Grundlage neuerlich geführter Verhandlungen und, nachdem die Zementfabrik Deutschland in anderen Besitz übergegangen ist, das Syndikat in der jetzigen Form halten zu können.

* **Böddinghaus, Reimann & Co., Akt.-Ges.,** in Elberfeld. Der Aufsichtsrat beantragt wieder 10 Proz. Dividende.

* **Hackethal, Draht- und Kabelwerke, Akt.-Ges.** Der Aufsichtsrat beschloß, die Verteilung einer Dividende von **15 (i. V. 14) Proz.** auf die alten Aktien vorzuschlagen. Die Abschreibungen betragen rund 300 000 (i. V. 204 000) ℳ. In einem neuzuschaffenden Delkrederefonds werden 100 000 ℳ gelegt und 10 000 ℳ der Talonsteuerreserve zugeführt. (Reservestellung im Vorjahre 25 000 ℳ in die gesetzliche Reserve und 20 000 ℳ in die Talonsteuerreserve.) Der Gewinnvortrag beträgt wieder etwa 130 000 ℳ.

Vermischtes.

* **Londoner Rauchwarenauktion.** Der Verband der Leipziger Rauchwarenfirmen, E. V., teilt uns das Ergebnis der A. & W. Nesbitt-Auktion vom 18. März mit: Skunks erzielten 10 Proz. über dem Januarpreise, amerikanische Opossum 10 bis 15 Proz., rauche Schuppen 10 Proz. über dem Januarpreise und flache waren unverändert.

Werte ohne Börsennotiz.

Siegfried Weinberg, Leipzig, Katharinenstrasse 17.
Telegramm-Adr.: Weinberg. Krechwitz. Teleph. 2546.

a. Aktien (in Proz.)	G.	B.		G.	B.
Hau-Akt.-Ges. Brühl	87	90	Rhein. Linoleum	—	131
Delitzscher Schokol.	226	235	Riesaer Bank	133	134
Otsche. Cell. Plagwitz	275	290	Sächs. Tülfabrik	138	139
Deutsche Erdöl, junge	209	210	Stahlwerk Becker	136	141
Heidburg Aktien	39	41	Steingut Colditz	123	130
Kirchner Vorzüge	102	—	Wezel & Naumann	44	—
Lpz. dublb. Fritzsche	87	90	Zoolog. Garten in Mark	300	300
Leipz. Centraltheater	11	—	b. Kurze (in Mark)		
Leip. Creditbank	130	133	Braunsdorf	460	—
Leipz. Fahrw. Hiller	103	106	Dölitzer	975	1025
Leipz. Kraftomnibus akt	100	104	Eisenmer Union	—	900
Leipz. Luftschiffhafen	—	70	Gew. Pergolas	625	700
Leipz. Trikotagenfabr.	110	—	Hohenzollernhall	900	1000
Leipz. Vereinsbank ex	140	145	Viktoria Lobetäl	1400	1500
Naumann Brauerei	125	—	c. Obligat. (in Proz.)		
Paradiesbetten Steiner	130	135	5% Brauerei Ohp., 103 rz.	—	98
Peniger Masch. V.-A.	27	30	4½% Linoleum Delitz. 1. Prz.	98	98
Polyphon-Musikwerke	98	100	4½% Viktoria Lobetäl	—	8

Prämiennotierungen.

Für- bzw. Rückprämien in	Ultimo April	Mai	Juni	Für- bzw. Rückprämien in	Ultimo April	Mai	Juni
3% Mexikaner	0,45	0,60	0,80	Dortmunder Union	3%	3%	4%
Deutsche Bank	1%	2%	2%	Phönix	3%	3%	4%
Canada	3%	3%	4%	Alg. Elektr.	3%	3%	4%
Rand. Land	2%	2%	3%	Stahl Common	1%	2%	2%

Sonst. Prämienanl. stehen teleph. oder schriftl. zur Verfügung